

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1937

293 (16.12.1937)

Durlacher Tagesblatt

Durlacher Wochenblatt gegr. 1829 / Heimatblatt für die Stadt und den früheren Amtsbezirk Durlach

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtgebiet monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspäteter oder nichterscheiner der Zeitung.

Winstäler Bote

für Grözingen, Berghausen, Söllingen, Wäschbach und Kleinsteinbach

Anzeigenerrechnung: Die 6 gepaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 4 gültig. Schluß der Anzeigennahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakwünsche und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 293

Donnerstag, den 16. Dezember 1937

109. Jahrgang

Ein gefährliches Spiel der Tschechoslowakei

Was man mit dem Parteauflösungsgesetz bezweckt — Dem Verteidigungskampf der Volksgruppen will man das Rückgrat brechen — Allen praktischen Friedensbemühungen der Weg in bedenklicher Weise verbaut

Berlin, 15. Dez. Die Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz schreibt: Die tschechische Regierung hat am Dienstag im Prager Parlament eine Novelle zum Parteauflösungsgesetz vom Jahre 1933 vorgelegt, die heute durchberaten und morgen verabschiedet werden soll. Als Neuerung ist vorgesehen, daß gegenüber dem bisherigen Verfahren, welches ein Parteiverbot von einem Regierungsbeschluss abhängig machte, nunmehr der Landesbehörde die Befugnis eingeräumt wird, auf dem Verordnungsweg nach freiem Ermessen und in jedem Ausmaß, d. h. in gebietsmäßiger wie in persönlicher Hinsicht, Gliederungen bestimmter Parteiorganisationen aufzulösen. Der Zweck dieses neuen Gesetzes ist kein anderer als der, die den verschiedenen Volksgruppen im tschechischen Nationalitätenstaat noch offen gelassenen Möglichkeiten, für ihre Gleichberechtigung einzutreten und sich organisatorisch zu behaupten, weiter zu beschneiden.

Daß dieses Gesetz in einem Augenblick vorgelegt wird und durchgepeitscht werden soll, in dem sich in Europa manche Hoffnungen regen, daß auch die Tschechoslowakei ihren längst fälligen Beitrag zur Entspannung liefern möge, läßt die tschechische Aktion besonders schwerwiegend erscheinen. Zwar scheint man sich infolge des bestehenden Interesses im Ausland, dem Chauvinismus den Frontalangriff gegen die für die Belange ihres Volkstumes eingeschlossenen eintretenden und darum von einer überwältigenden Mehrheit getragenen nationalen Parteien freizugeben. Dafür glaubt man, mit den Mitteln örtlicher Maßnahmen, d. h. der Auflösung einzelner lokaler Gliederungen an entscheidenden Stellen mit Mitteln, die mit „Demokratie“ nichts mehr zu tun haben, am Ende den gleichen Effekt zu erzielen und dem Verteidigungskampf der Volksgruppen gegen das behördlich mit allen Mitteln geführte System tschechischer Verdrängungspolitik das Rückgrat zu brechen.

Herr Delbos wird also gerade in einem Augenblick in Prag eintreffen, wo im Schatten der Bündnisse ein weiteres Glied einer Politik eingefügt wird, die unter Außerachtlassung sowohl der eingegangenen Verpflichtungen wie der Menschenrechte den Kampf gegen die Gleichberechtigung der Volksgruppen im Staat führt. Diese Politik kann nicht einmal für sich in Anspruch nehmen, als eine „Politik des Status quo“ zu gelten, denn sie zielt darauf ab, noch über Versailles, Trianon und St. Germain hinaus die Stellung der Tschechen unter Nichtachtung der verbürgten Lebensrechte der anderen Nationalitäten und unter Anwendung „genügender“ Mittel auszubreiten.

Diese Dinge mit Sorge zu beobachten und warnend auf sie hinzuweisen, ist im Hinblick auf alle hiermit zwangsläufig verbundenen Beunruhigungen und Spannungen wahrlich alles andere als „Eintuschung“. Gerade der Umstand, daß man in Prag in keiner Weise im unklaren darüber ist, welche friedensstörende Wirkung die bisherige Nationalitätenpolitik ausgeübt hat, läßt

in der Tat berechtigten Zweifel aufkommen, inwieweit überhaupt die tschechische Politik Beiträge zur Entspannung zu leisten wünscht. In Prag weiß man genau, daß eine Verständigungspolitik mit dem Reich über das Schicksal der sudetendeutschen Volksgenossen hinweg unter keinen Umständen in Frage kommt. Daher kann der Erfolg einer Politik, wie sie jetzt in der Tschechoslowakei aufs neue wieder kraft in Erscheinung tritt, nur darin bestehen, daß allen praktischen Friedensbemühungen der Weg in bedenklicher Weise verbaut wird.

Slowaken und Magyaren gegen das Parteauflösungsgesetz.

Prag, 15. Dez. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Zeit“ wandte sich der Vorsitzende der Verein. Magyari-

schen Parteien, Esterhazy, gegen die beabsichtigten Verschärfungen des Parteauflösungsgesetzes und wies darauf hin, daß alle bisherigen derartigen Gesetze, wie z. B. das Schutzesetz, das Pressegesetz, weiter die Zensurmaßnahmen, die Einstellung der Blätter, Auflösung von Parteien und nun auch diese Regelung zum Parteauflösungsgesetz durchaus antidemokratisch seien.

Der Abg. Dr. Sidor stellte fest, daß die Slowakische Volkspartei gegen die Vorlage sei, die einen Eingriff in die versammlungsmäßig verbürgte Versammlungs- und Wortfreiheit darstellt. Auch der Vorsitzende der Slowakischen Volkspartei, Pater Hlinka, erklärte, die Slowakische Partei werde gegen diese Vorlage kämpfen. Sie werde ihr Recht verteidigen, wenn es sein müsse, auch mit dem Leben.

„Kraft durch Freude“ vorbildlich

Gründliche Abrechnung mit den Sozialdemokraten und Kommunisten Ungarns

Budapest, 15. Dez. Das ungarische Abgeordnetenhaus hielt am Mittwoch seine letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien ab. Dabei wies der Industrieminister mit scharfen Worten eine höhnische Bemerkung des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei zurück, der die NSG. „Kraft durch Freude“ und das italienische Feierabendwerk Dopolavoro zu verunglimpfen suchte. Der Minister erklärte unter stürmischem Beifall der Rechten, daß die deutsche „Kraft durch Freude“-Einrichtung Hunderte von Millionen Mark im Interesse der Arbeiterschaft mobilisiert habe. Er könne den Sozialdemokraten, so betonte der Minister mit großem Nachdruck, nur empfehlen, ihre internationalen Tendenzen und vor allem das marxistische Ideengut aufzugeben. Nur dann würde ihre Partei überhaupt fähig sein, der Arbeiterschaft tatsächlich Nutzen zu bringen. Die sachlichen Fortschritte, die bisher für die Arbeiterschaft errungen worden seien, seien bestimmt nicht auf den Kampfsgeist der sozialdemokratischen Partei zurückzuführen.

Das Regierungsabendsblatt „Eti Ujsag“ weist auf das unaufhaltbare Schwenden des Einflusses der Marxisten auf die ungarische Arbeiterschaft hin. Die ungarische Arbeiterschaft beginne einzusehen, daß sie, wie es schon der verstorbene Ministerpräsident Gömbös immer wieder gesagt habe, ihre Stellung und Aufgabe im Volke nicht im Klassenkampf liege, sondern daß sie einen der geachteten und wichtigsten Teile der Nation bilde. Der Arbeiter erkenne, daß die marxistischen Gewerkschaften heute nur den Interessen einer kleinen Clique diene und zu eng begrenzten politischen Zwecken mißbraucht würden. Weber die Sozialdemokraten noch der Bolschewismus habe der Arbeiterschaft die

Erlösung gebracht. Hinzukomme, daß die Arbeiterschaft jetzt sehe, wie gerade die Sozialpolitik der jungen nationalen Staaten wahrhaft menschlich und erfolgreich sei.

10 Tonnen Waffen wurden gefunden

Paris, 15. Dez. Zu der bereits gemeldeten Auffindung eines neuen geheimen Waffenlagers in Paris wird weiter bekannt, daß es sich hierbei um das mengenmäßig wohl bedeutendste Lager handelt, das bisher von der Polizei aufgefunden wurde. Nicht weniger als sieben Tonnen Waffen und Munition wurden aus der Garage abbesördert.

Keine Mittäterschaft politischer Persönlichkeiten bei den Waffenspeicherungen in Frankreich.

Paris, 16. Dez. Zu den gemeldeten Waffensunden in einer Pariser Autogarage erfährt man, daß die Polizei bis Mitternacht etwas zehn Tonnen verschiedener Waffen zu Tage gefördert hat. In zukünftigen Kreisen wird erklärt, daß die durchgeführten Untersuchungen nicht den geringsten Beweis für die schuldige Mittäterschaft politischer Persönlichkeiten im Zusammenhang mit den Waffensunden erbracht hätten.

England fordert Genugtuung

Eine Note an Japan

London, 15. Dez. Der Text der britischen Note an Japan, der am Mittwoch abend veröffentlicht wurde, nimmt in längeren Ausführungen auf die Vorfälle bei den britischen Kriegs- und Handelsschiffen auf dem Yangtse Bezug. Nachdem im Einzelnen die Angriffe auf die Schiffe dargestellt worden sind, gibt die englische Regierung ihrer Freude Ausdruck über die Note der kaiserlich-japanischen Regierung, in der diese ihr tiefstes Bedauern über diese Vorfälle ausdrückt. Es wird auch mit Genugtuung festgestellt, daß die japanische Regierung ihre Bereitschaft kundgetan hat, die Schuldigen zu bestrafen. Die englische Regierung wünscht, daß die für die Angriffe auf die britischen Handelsschiffe verantwortlichen japanischen Offiziere und Soldaten in gleicher Weise zur Verantwortung gezogen werden, wie diejenigen, die für die Vorfälle auf den Kriegsschiffen verantwortlich sind.

Die Note schließt mit dem Ausdruck, daß es klar sei, daß die bisher von der japanischen Regierung unternommenen Schritte, um derartige Angriffe zu verhindern, sich als Fehlschlag erwiesen haben. Die britische Regierung müsse daher jetzt ersehen, darüber informiert zu werden, daß tatsächlich Maßnahmen ergriffen worden sind, die angetan sind, derartige von ihr beanstandete Zwischenfälle abzukoppeln.

Donnerstag Hauptansatz des Nichtmischungsausschusses.

London, 15. Dez. Die nächste Sitzung des Hauptansatzes des Nichtmischungsausschusses ist auf Donnerstag festgesetzt worden.

Neulandgewinnung an der Nordsee

50 000 Hektar dem Meer abgerungen

Berlin, 15. Dez. In einer Betrachtung über Grundlagen und Ziele der Landgewinnung in Deutschland weist in „Raumforschung und Raumordnung“ der Ministerialrat im Reichsernährungsministerium, Rudolf Stademann, darauf hin, daß seit Anfang dieses Jahrhunderts an der schleswig-holsteinischen Küste etwa 7000 bis 7500 Hektar Vorländer entstanden sind. Dies entspricht bei gleichmäßiger Verteilung einem Vorländer der Küste um 300 Meter in 37 Jahren oder um 8 Meter in einem Jahr. Die Landgewinnungsarbeiten erstrecken sich zur Zeit an der schleswig-holsteinischen Küste auf ein Wattengebiet von etwa 15 000 Hektar Größe und in Ostfriesland werden etwa 4000 Hektar planmäßig bearbeitet. Seit 1933 sind in Ostfriesland sechs neue Ränge in einer Gesamtgröße von 3200 Hektar geschaffen worden, darunter der 1350 Hektar große Adolf-Hitler-Rang. Für die gesamte Landgewinnungs-, Küstenschutz- und Deichbauten sind in den Jahren 1933 bis 1937 rund 56 Millionen RM aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt worden, d. h. jährlich 11 Millionen, während in dem Zeitraum 1900 bis 1932 jährlich nur rund eine Million zur Verfügung stand. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen kann bei Durchführung der bestehenden Pläne damit gerechnet werden, daß in etwa 80 bis 90 Jahren der nördliche Teil der schleswig-holsteinischen Küste bis zur inneren Reihe der Dünen und Halligen vorgegründet sein wird. Es werden jährliche neue Ränge entstehen, deren

Gesamtgröße auf etwa 35 000 Hektar zu schätzen ist. In etwa derselben Zeit wird es voraussichtlich auch gelingen, die rund 10 000 Hektar große Leybucht in Ostfriesland und einen Teil des Dollart sowie größere Wattflächen an der ostfriesischen Nordküste zur Verlandung zu bringen und auch hier neue Polder zu schaffen.

Bei dieser Zielsetzung wird nach Ablauf von drei Menschenaltern an der gesamten deutschen Nordseeküste landwirtschaftlich nutzbares, außerordentlich fruchtbares Neuland in einer Gesamtgröße von schätzungsweise etwa 50 000 Hektar dem Meere abgerungen und besiedelt sein. Bei einer durchschnittlichen Größe der Bauernhöfe von 15 bis 20 Hektar ergeben sich etwa 3000 neue Siedlerstellen mit Raum und Arbeit für 15 000 Menschen.

An der deutschen Ostseeküste kommen Landgewinnungsarbeiten nicht in Betracht, wohl aber Maßnahmen zur Sicherung auch durch Erhöhung und Verbreiterung des Sandstrandes. Nachdem der Referent noch auf die Landgewinnung aus den Mooren verwiesen hat, sagt er, daß das etwa 250 000 Hektar große Wattmeer in Schleswig-Holstein und Ostfriesland nur teilweise in Kulturland umgewandelt werden könnte, wobei ein Landgewinn von höchstens etwa 150 000 Hektar zu erzielen sei, was eine Vergrößerung der zur Zeit landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands um 0,5 Prozent bedeutete.

322 000 RM für die Opfer der Arbeit

Berlin, 15. Dez. Vor wenigen Tagen trat der Ehrenauschuss der Stiftung für Opfer der Arbeit zu seiner üblichen Wöchentlichen Sitzung im Sitzungssaal des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zusammen. Mehr als 2000 Gesuche standen zur Entscheidung, die noch vor Weihnachten verabschiedet werden sollten.

Aus dem Bericht des ehrenamtlichen Geschäftsführers, Oberregierungsrat Dr. Ziegler, ergab sich, daß die Stiftung neben der laufenden Betreuung der Opfer der Arbeit wie bisher auch bei den verschiedenen größeren Unglücksfällen in der letzten Zeit helfend eingegriffen hat. Außerdem ist die Kinderversicherung gegenüber dem Vorjahre weiter gesteigert worden. Es handelt sich dabei um die Kinder von Vätern, die in ihrem Beruf tödlich verunglückt sind. Ebenso sind im Laufe des vergangenen Sommers 157 Kinder von verunglückten Seeleuten aus den Mitteln der „Stiftung für Opfer der Arbeit auf See“ zu einem vierwöchigen Erholungsurlaub an die See geschickt worden. Der Ehrenauschuss beriet dann über die von der Geschäftsstelle der Stiftung zur Beschlußfassung vorbereiteten 2162 Gesuchen. Es wurden 1584 Gesuche mit im Gesamtbetrag von 322 350 RM in einmaligen und laufenden Zahlungen bedacht. 557 Gesuche wurden abgelehnt, da die wirtschaftliche Lage nach den Richtlinien der Stiftung als nicht besonders ernst anzusehen war oder da die sonstigen Voraussetzungen für die Gewährung einer Unterstützung nicht gegeben waren. Aus der „Stiftung für Opfer der Arbeit auf See“ gelangten im Jahre 1937 rund 50 000 RM zur Ausschüttung. Die gesamten Bewilligungen aus den Mitteln der Stiftung erreichen damit einen Betrag von rund 5 Millionen RM. Es ist dafür Sorge getragen, daß die in der Sitzung bewilligten Unterstützungen noch rechtzeitig vor Weihnachten in die Hände der betreffenden Volksangehörigen gelangen.

Preis-Kommissar Gauleiter Wagner über nationalsozialistische Wirtschaftspolitik

Hagen (Westfalen), 16. Dez. Auf Veranlassung des Gauwirtschaftsberaters des Gaues Westfalen-Süd in Gemeinschaft mit dem Präsidenten der südwestfälischen Industrie- und Handelskammer und dem Leiter der Wirtschaftsgruppe Werkstoff-Verfeinerung wurde am Mittwoch in der Stadthalle in Hagen eine Wirtschaftspolitik-Kundgebung veranstaltet, an der außer Vertretern der Partei und der Behörden eine große Zahl von Vertretern der westfälischen Wirtschaft teilnahmen. Im Mittelpunkt der Kundgebung stand eine Rede des Preis-Kommissars für die Preisbildung und Oberpräsidenten Gauleiter Josef Wagner, der in etwa zweistündiger Rede die Grundsätze der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik entwickelte. Eingangs betonte er, daß die Politik immer den Vorrang vor der Wirtschaft haben müsse, da wirtschaftliches Blühen und Gedeihen unabänderlich gebunden seien an die Größe, Kraft und Zielstrebigkeit einer wirklich echten und gesunden Staatspolitik.

Regelung des Arbeitseinsatzes

Berlin, 15. Dez. Die Durchführung des Vierjahresplanes ist in weitestgehendem Maße von der Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte abhängig. Mangelerscheinungen im Arbeitseinsatz müssen vermieden werden. Dabei muß gegebenenfalls auch auf Kräfte zurückgegriffen werden, die bisher für den Arbeitseinsatz nicht zur Verfügung standen, jetzt aber für die Wiederaufbauarbeit an anderer Stelle eingesetzt werden müssen. Aus diesem Grunde hat der Leiter der Wirtschaftsgruppe Arbeitseinsatz beim Beauftragten für den Vierjahresplan unter dem 14. Dezember 1937 eine „Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes über Beschränkungen in der Ausübung des Wandergewerbes und Stadthausiergewerbes“ erlassen.

Die neue Anordnung schafft die Möglichkeit, die Genehmigung zur Betätigung im Wandergewerbe und Stadthausiergewerbe solchen Personen zu versagen bzw. zu entziehen, deren Arbeitskraft aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen an anderer Stelle innerhalb der deutschen Volkswirtschaft zu vollwertiger Ausnutzung werden kann. Aus diesem Grunde ist in der Anordnung bestimmt, daß ein Wandergewerbeschein oder Stadthausierschein von der zuständigen Stelle nur dann erteilt werden darf, wenn das für den Wohnort des Antragstellers zuständige Arbeitsamt der Erteilung zugestimmt hat. Ebenso ist aus Gründen des Arbeitseinsatzes ein bereits erteilter Wandergewerbeschein oder Stadthausierschein von den zuständigen Stellen zu entziehen, wenn das Arbeitsamt dies beantragt.

Eine Weltausstellung — mit Defizit

Pariser unerfreuliche Bilanz

Paris, 15. Dez. Senator Caillaux hat als Vorsitzender des Ausschusses, der zur Begutachtung der Verwaltung und Finanzgebarung der Pariser Weltausstellung eingesetzt war, einen Bericht ausgearbeitet, in dem er die plötzlichen Änderungen der Pläne und die häufigen Gegenbefehle während der Durchführung der Ausstellung bemängelt. Im Endergebnis seien die auf 300 Mill. angelegten Ausgaben auf 1443 9 Millionen gestiegen. Demgegenüber standen Einnahmen in Höhe von 150,7 Millionen Franc, so daß der eigentliche Unterfuß 1293,7 Millionen Franc betrage. Hieron seien abzuziehen die Zuschüsse des Staates, der Stadt Paris aus dem großen Arbeitsprogramm und von der Nationallotterie in einer Gesamthöhe von 813 Millionen, so daß der Staat nunmehr noch einen Unterfuß von 480,2 Millionen Franc decken müsse. Das Parlament müsse also diese Summe noch bewilligen. In diesem Zusammenhang muß auch noch daran erinnert werden, daß die Wiedereröffnung der Ausstellung im Jahre 1938

rund weitere 450 Millionen kosten würde.

Auszeichnung für das deutsche Erziehungsweesen

Berlin, 15. Dez. Das Deutsche Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht hat für die „Deutsche Kunst- und Kulturgeschichte“, die es für die Pariser Weltausstellung einrichtete, drei höchste Preise (Grand Prix) erhalten, je einen in Klasse 10 (Unterricht in Hochschulen, höheren Schulen und Volkshochschulen), Klasse 11 (Kunstunterricht aller Stufen) und Klasse 12 (Technischer Unterricht). Die Ausstellung umfaßt Kunst- und Gebrauchsgüter aus Fachschulen sowie Zeichnungen aus allgemein bildenden Schulen und Kunstschulen. In Anbetracht des geringen Umfangs der Ausstellung bedeuten die drei Preise eine ganz besondere Auszeichnung, zumal sie von dem Preisgericht einstimmig beschlossen wurden.

Tagesbefehl des Reichsjugendführers

Der Tagesbefehl des Reichsjugendführers zur Winterhilfssammlung der HJ.

Berlin, 15. Dez. Zur Winterhilfssaktion der Hitlerjugend vom 17.—19. Dezember hat der Reichsjugendführer Baldur von Schirach den folgenden, im Reichsjugend-PresseDienst veröffentlichten Tagesbefehl an die HJ. erlassen:

Der jährliche Eintrag für das Winterhilfswort des deutschen Volkes ist für die Hitlerjugend nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern von allen Taten des Jahres die schönste, weil sie selbstlos ist.

Ihr, meine Kameraden und Kameradinnen, sollt vom 17.—19. Dezember eure nationalsozialistische Gesinnung wieder unter Beweis stellen.

Unser Sammelbüchsen sind Waffen im Kampfe für die Volksgemeinschaft!

Herzog von Aosta nach Aethiopien abgereist

Rom, 15. Dez. Der Herzog von Aosta, Vizekönig von Aethiopien, hat sich am Mittwoch vormittag in Neapel an Bord des Kreuzers Zara nach Italienisch-Somaliland eingeschifft. Auf dem Wege zum Hafen, wo Abteilungen der Wehrmacht und Schwarzhemden Spalier bildeten, wurden ihm von der Bevölkerung äußerst herzliche Kundgebungen dargebracht. Kurz vor der Ausfahrt des Kreuzers begab sich der Kronprinz an Bord des Kreuzers.

Am 24. Dezember wird der Vizekönig von Aethiopien, Herzog von Aosta, zur Uebernahme seines hohen Amtes in Addis Abeba eintreffen.

Maul- und Klauenseuche auch in Südafrika. Die seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte, wonach auch in Südafrika die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, sind nunmehr durch eine Erklärung des Landwirtschaftsministeriums bestätigt worden. Der Herd der Infektion scheint in der Nähe des an der Grenze gelegenen Städtchens Kommati-Port zu liegen. Die Seuche tritt in relativ milder Form auf, hat aber bereits große Landstücke im Nordosten von Transvaal erfaßt.

Erdbeben am Brenner. Durch einen Erdbeben wurde die Brennerstraße und die Eisenbahnlinie in der Nähe der Station Kastellruth am Dienstag vollständig verschüttet. Einige Felsblöcke sind in die Eisad gestürzt. Der Straßen- und Zugverkehr blieb geraume Zeit unterbrochen, doch ist es bereits gelungen, ein Gleis der Brennerlinie wieder frei zu machen. Die abfrierenden Felsblöcke haben einen Lastwagen zertrümmert.

Wahlaufrufen auf den Philippinen. Bei der Vorbereitung der ersten seit der Errichtung des Philippinenstaates abzuhaltenen Gouverneur- und Stadtratswahlen kam es in den verschiedensten Instanzen zu Unruhen. Dabei wurden drei Personen getötet und sieben verwundet. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurden locale Truppen aufgebötet.

Vorläufige chinesische Regierung

übernimmt nordchinesische Zollverwaltung

Tokio, 15. Dez. (Drahtdienst des DNB.) Die vorläufige Regierung der Republik China hat, wie Domei meldet, beschlossen, die Zollverwaltung von Nordchina einschließlich der Zollverwaltungen von Tientsin, Tschinwangtao und anderen Plätzen zu übernehmen und zu diesem Zweck Verhandlungen aufzunehmen.

Die „Kommission zur Aufrechterhaltung des Friedens“, die in Tientsin nach der Besetzung durch japanische Truppen aus chinesischen Bürgern gebildet wurde, ist nach einer Domei-Meldung formal aufgelöst und in eine „Stadtverwaltung von Tientsin“ umgewandelt worden, die der vorläufigen Regierung in Peking unterstellt ist. Der Vorsitzende des bisherigen „Friedensauschusses“ in Tientsin, Koolingwei, ist zum Bürgermeister von Tientsin bestellt worden. Eine ähnliche Umorganisation ist Peking erfolgt.

Die Deutschen in Nanking wohl auf

Schanghai, 15. Dez. (Drahtdienst des DNB.) Die japanische Botschaft teilt mit, daß sämtliche 27 Ausländer, die sich innerhalb des Stadtgebietes von Nanking aufhalten, wohl auf sind. Unter ihnen befinden sich sechs Deutsche, 18 Amerikaner, ferner ein Engländer und zwei Russen. Diplomatische Vertreter fremder Mächte halten sich nicht mehr in Nanking auf. In der Sicherheitszone befinden sich noch 150 000 Chinesen.

Die Zwischenfälle im Fernen Osten

vor dem englischen Unterhaus

London, 15. Dez. Im Unterhaus gab Eden am Mittwoch auf eine Anfrage des Führers der Opposition, Attlee, hin eine weitere Erklärung zur Lage im Fernen Osten. Eden erinnerte das Haus daran, daß sofort nach dem Angriff auf britische Schiffe auf dem Yangtze der britische Botschafter in Tokio die härtesten Vorstellungen bei der japanischen Regierung erhoben habe. Dann verlas er den Wortlaut der Note, die der japanische Außenminister am Dienstag an den englischen Botschafter in Tokio gerichtet hatte, in der die Kaiserlich-japanische Regierung die Zwischenfälle aus tiefer Bedauertheit. Die Kaiserliche Regierung hofft ernstlich, daß diese bedauerlichen Zwischenfälle die traditionelle Freundschaft zwischen den beiden Ländern nicht beeinträchtigen werden.

Eden gab dann bekannt, die englische Regierung werde der japanischen eine Mitteilung übergeben, in der sie den Empfang dieser Note bestätigen und gleichzeitig ihre Einstellung gegenüber der ganzen Serie von Zwischenfällen definieren werde. Dabei lege sie besonderen Nachdruck auf den Ernst der Situation, die so entstanden sei, und auf die Folgerungen, die sich ihrer Meinung nach hieraus ergeben. Die englische Regierung lenke weiter die Aufmerksamkeit auf gewisse Seiten der jüngsten Zwischenfälle, die in der Note der japanischen Regierung nicht erwähnt worden seien. Im einzelnen wüßte die englische Regierung die Zulassung einer Aktion, die es endgültig sicherstelle, daß sich derartige Zwischenfälle nicht wiederholten, die, wie die japanische Regierung selbst erkenne, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern beeinträchtigen müßten.



31. Fortsetzung.

Aber wenn er dann zuweilen vor ihr stand, zu irgendeinem Ausgang angezogen, schlant, elegant, dann wollte sie ihn wieder haben. Genau so, wie sie sich einst eine Ehe mit ihm erzwungen hatte. Im übrigen tröstete sie sich damit, daß Bernhard ihr ja doch gehörte und keine andere ihn haben konnte. Von den wahren Verhältnissen der alten Firma hatte sie noch keine Ahnung, sie hielt sich noch für sehr reich, wenn auch der Vater vor seinem Schlaganfall gemurmelt hatte: „Kind, ein bißchen einschränken wirst du dich natürlich müssen, es sieht nicht gut, ich meine, Bernhard hat geschäftliche Sorgen.“ Aber sie hatte das nicht ernst genommen. Natürlich hatte Bernhard sich bei ihrem Vater beklagt, daß ihr Geld zu hoch sei, vielleicht auch, daß er zu viele und zu hohe Schneiderrechnungen bezahlen müsse. Aber das hatte sie nicht zu Herzen genommen. Sie dachte gar nicht daran, sich einzuschränken. Was fiel denn ihrem Mann und ihrem Vater ein, auf einmal den Geizhals spielen zu wollen? Sie hatte sich noch nie im Leben einen Wunsch zu verlagern brauchen, und sie dachte gar nicht daran, das jetzt zu tun.

Der Knabe hustete. Unwillig wandte sie sich nach ihm um.

„Was hast du, Günter? Weißt du denn nicht, daß ein arztiger Junge sich nicht so geben läßt?“ sagte sie, und ihre Stimme klang scharf, so daß das Kind sich ängstlich duckte.

„Geben Sie mir meine Perlen“, sagte Gertha kurz zu dem Mädchen, das beschneiden wartete.

Frieda reichete der Gnädigen den Schmuck. Es waren Perlen von ungeheurer Größe, und Gertha lächelte sich selbstgefällig zu im Spiegel. Keine Dame der Gesellschaft besaß solche Perlen. Keine! Und sie mußte, wie sie um diesen köstlichen Schmuck beneidet wurde.

Das hellblaue Kleid machte sie etwas zu dick, aber sie, die sonst so penflich auf jede Wirkung bedacht war, bemerkte das heute nicht. Sie fuhr in die Oper und mußte, daß auch Ernst Koloman da sein würde, der Amerikaner, der große Besitzungen in den Staaten hatte, und der auch von den Diamantengruben in Afrika gesprochen hatte.

Gertha lag es fern, mit dem Amerikaner ein Verhältnis anzufangen zu wollen, aber es gefiel ihr, daß er ihr keine Bewunderung so offen zeigte. Und Bernhard würde es auch nichts schaden, wenn er einmal sah, wie begehrt seine Frau noch war.

Wieder hustete ihr Kind. Dabei mußte es sich, den Husten zu unterdrücken. Ein zorniger Blick der Mutter traf den Kleinen, dann ging Gertha hinaus, ohne sich von der Bode in den weißen Mantel helfen. Ohne sich von Mann und Kind zu verabschieden, ging sie die Treppe hinunter. Unter wartete der Chauffeur mit dem Wagen. Kurz darauf fuhr sie davon.

Doben schlang das Kind die Arme um das Fräulein.

„Mir tut Hals weh, alles brennt. Bitte, trinken.“ Erschrocken fußte das Kinderfräulein den raschen Pulsschlag. Und Fieber hatte der Kleine tatsächlich schon. Sein Gesicht rötete sich immer mehr, und der Husten kam jetzt schon in bestimmten Abständen. Das Fräulein war zu Tode erschrocken. Was sollte sie tun? Sollte sie eigenmächtig den Arzt rufen? Es war sonst niemand mehr daheim. Vom gnädigen Herrn hatte sie noch nichts gehört. Vielleicht war der gar nicht nach Hause gekommen. Was sollte sie nur tun?

Schließlich begab sie sich ins Herrenzimmer hinüber. Das heißt, sie kam nur bis vor die Tür. Drinnen

hörte sie Stimmen. Der junge Herr sprach mit seinem Bruder, dem Herrn Kapitänleutnant.

„Das ist dein letztes Wort, Frank?“ „Bestimmte! Ich mache diese Mode, ich auf solche Art und Weise wieder auf die Bühne zu helfen, nicht mit, das müßtest du wissen.“

„Ich habe es gewußt. Du hast dich von jeher wie ein Aukenschnepper gegen die Familie benommen. Und du brauchst uns ja nicht. Daher die Gefühlslosigkeit. Ich nehme es dir nicht übel. Durchaus nicht. Aber vielleicht denkst du mal an mich, wenn ich Schluss gemacht habe. Und diesen Schluss werde ich nämlich auf der ganzen Linie machen.“

„Ach! Aber ich würde da an deiner Stelle doch an mein Kind denken. Mit dem, was du da vorhast, ist dem armen kleinen Karl nicht geholfen.“

„Ich habe das Leben satt, daß du es weißt.“

„Dann bist du ein Feigling, Bernhard. Noch kannst du standhalten, wenn du es ehrlich willst.“

„Nein! Das kann ich nicht mehr. Ich habe es lange genug getan. Ich bin zermürbt. Wegen diesem Feind, gegen diesen unsichtbaren Feind komme ich nicht auf.“

Raffos stand das Fräulein noch immer vor der Tür. Dann klopfte sie laut und vernehmlich.

„Herin!“

Der Hausherr sah sie böse an.

„Was ist?“

„Verzeihung, die gnädige Frau ist in die Oper gefahren. Und Günter hat Fieber und hustet fürchterlich.“

„Entschuldige, Frank.“

Bernhard wandte sich schon an dem Fräulein vorüber, schritt rasch ins Kinderzimmer. Frank folgte ihm. Die beiden Männer standen dann am Bett des Kleinen, wechselten einen besorgten Blick.

„Den Arzt, rasch! Doktor Körner, bitte! Soll sofort kommen. Keine Zeit zu verlieren.“

Bernhard sagte es, und dabei hielt er die heißen Hände des Kindes in den seinen.

„Bati, lieber Bati!“

(Fortsetzung folgt.)